
Vorsitz: Armenien

974. PLENARSITZUNG DES FORUMS

1. Datum: Mittwoch, 5. Mai 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 13.00 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Papikyan

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID19-Pandemie laut FSC.GAL/31/21 OSCE+.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: RESOLUTION 1540 DES SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN NATIONEN

– *Vortrag von G. Kocharyan, Leiter der Abteilung für Internationale Sicherheit, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Armenien*

– *Vortrag von E. Rice-Howell, Stellvertretender Vorsitzender des 1540-Ausschusses*

– *Vortrag von G. Mashkov, Sonderbotschafter, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation*

– *Vortrag von T. Perry, Sonderkoordinator für UNSCR 1540, US-Außenministerium*

Vorsitz, G. Kocharyan (FSC.DEL/149/21), J. McCormick, E. Rice-Howell, G. Mashkov (Anhang 1), T. Perry (FSC.DEL/145/21 OSCE+), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und

EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/158/21), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/159/21 OSCE+), Russische Föderation (Anhang 2), Spanien, Türkei (FSC.DEL/155/21 OSCE+), FSK-Koordinator für Fragen der Nichtverbreitung (Belarus) (FSC.DEL/147/21 OSCE+), Aserbaidschan (FSC.DEL/146/21 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/148/21), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/160/21), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/150/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/161/21 OSCE+), Kanada, Russische Föderation (Anhang 3)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Ausbildungsprogramm zum Thema „Konfliktverhütung und -lösung durch Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung im OSZE-Raum“:* Vertreter/Vertreterin des Konfliktverhütungszentrums der OSZE (Anhang 4), Schweiz
- (b) *Unterrichtung zum 90. Treffen der OSZE-Kommunikationsgruppe und zum Weltweiten Austausch militärischer Information 2021 vom 27. bis 29. April 2021 über Videokonferenz:* Vertreter/Vertreterin des Konfliktverhütungszentrums der OSZE
- (c) *Verteilung einer Übersicht über den Stand der Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und konventionelle Munition in der OSZE zum 31. März 2021 (FSC.GAL/43/21 OSCE+):* FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Österreich)
- (d) *Unterrichtung über die Militärübung „DACIA 21“:* Rumänien

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 12. Mai 2021, um 10.00 Uhr über Videokonferenz

974. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 980, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER
DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich dem armenischen Vorsitz des Forums für die Initiative danken, auf der heutigen Sitzung die Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und die Rolle der OSZE bei der Unterstützung der Staaten bei der Durchführung dieser Resolution zu erörtern.

Die Russische Föderation erachtet die Resolution 1540 als das wichtigste und in der Tat universellste rechtsverbindliche Instrument im Bereich der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW). Ihr Hauptzweck besteht darin, alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zu verpflichten, auf nationaler Ebene wirksame Barrieren zu schaffen, um zu verhindern, dass Massenvernichtungswaffen, ihre Trägersysteme und verwandtes Material in die Hände nichtstaatlicher Akteure, einschließlich Terroristinnen und Terroristen, gelangen.

Dennoch ist es wichtig, dass die Staaten selbst bestimmen, wie sie die Resolution umsetzen und welche konkreten Schritte sie unternehmen sollten, um ihren Rechtsrahmen und ihre Durchsetzungspraktiken zu stärken, damit sie der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und verwandtem Material wirksam entgegenwirken können. Es ist nicht Aufgabe des Ausschusses, diese Maßnahmen zu überwachen oder die Durchführung der Resolution durch die Staaten zu bewerten, und es gibt auch keine einheitlichen Formeln für die Durchführung für alle. Die Stärke des Rahmens, den die Resolution 1540 bildet, wird vom schwächsten Glied abhängen. Wir haben daher ein Interesse daran, dass alle diese Glieder im globalen System gleich stark sind. Das ist ohne eine Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses und der wechselseitigen Zusammenarbeit unmöglich zu erreichen.

Das wichtigste Element der Zusammenarbeit ist, dass Länder, die im Land selbst nicht über alle Ressourcen verfügen, Unterstützung bei der Durchführung der Resolution erbitten und erhalten können. Auf globaler Ebene werden diese Bemühungen vom 1540-Ausschuss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen koordiniert, der die Aufgabe hat, Hilfersuchen

und -angebote abzugleichen. Hier kommt internationalen und regionalen Organisationen mit dem entsprechenden Fachwissen und den entsprechenden Kapazitäten eine Rolle zu.

In unseren Augen sind die Bemühungen der OSZE in diesem Zusammenhang ein gutes Beispiel für eine solche Arbeit. Einen Eindruck von diesen Bemühungen vermittelt das Dokument mit dem Titel *The OSCE's contribution to the 2020–2021 Comprehensive Review of the Status of Implementation of UNSCR 1540*, das vom Forum für Sicherheitskooperation (FSK) im Januar dieses Jahres verabschiedet wurde und dessen Ausarbeitung unsere belarussischen Kolleginnen und Kollegen übernommen haben. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um ihnen unseren Dank für ihre Arbeit am Text und ihre Bereitschaft, die Kommentare und Vorschläge der verschiedenen Seiten zu berücksichtigen, auszusprechen. Letztendlich ist es durch die gemeinsamen Bemühungen gelungen, informatives Material von hoher Qualität zusammenzustellen, das zusammenfasst, was in der OSZE auf der „Schiene“ der Resolution 1540 seit der letzten umfassenden Überprüfung im Jahr 2016 getan wurde, und das mögliche Wege in die Zukunft aufzeigt.

Die Schlüsselbotschaft für die OSZE ist aus unserer Sicht der Hinweis in diesem Dokument, dass die Erleichterung der Durchführung der Resolution 1540 eine der wenigen Aktivitäten unserer Organisation bleibt, die eine Möglichkeit zur Überwindung der Trennlinien im euroatlantischen Raum eröffnet. Mit anderen Worten: Die OSZE kann nicht nur Ländern bei der Umsetzung der Ziele der Resolution helfen, sondern die Resolution ermöglicht es der OSZE auch, ihr einigendes Potenzial besser zu nutzen und damit zur Schaffung eines gemeinsamen Sicherheitsraums von Vancouver bis Wladiwostok beizutragen.

Im gegenwärtigen herausfordernden Umfeld, das davon geprägt ist, dass die meisten grundlegenden Vereinbarungen im Bereich der strategischen Stabilität (hier sei auf die Raketenabwehr, den Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme, den Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan, die Abrüstung chemischer Waffen, den Vertrag über den Offenen Himmel und andere hingewiesen) demontiert oder aufgeweicht werden, mit Gewaltanwendung und einseitigem Vorgehen verbundene gegenüber politischen und diplomatischen Ansätzen die Oberhand haben, und das wechselseitige Vertrauen zwischen den Staaten in bedrohlicher Weise schwindet, kann die Bedeutung und Aktualität des einigenden Charakters der Resolution 1540 für die OSZE nicht genug betont werden.

Wir glauben, dass die Arbeitsbereiche, Gepflogenheiten und Instrumente für die Zusammenarbeit mit den Staaten, die im Dokument über den Beitrag der OSZE zur Umfassenden Überprüfung 2020 – 2021 erwähnt werden, nach wie vor aktuell sind. Organisatorische Lösungen wie der regelmäßige Meinungsaustausch über die Resolution im Rahmen des FSK-Sicherheitsdialogs, die Koordinierungsfunktionen des Konfliktverhütungszentrums (KVZ), die Plattform für technische Hilfe und der länderspezifische Dialog findet man in dieser Form nur in der OSZE. Ich möchte auch die praktischen Erfahrungen erwähnen, die die OSZE bei der Umsetzung von Projekten gesammelt hat, die bereits in verschiedenen Regionen weit über den OSZE-Raum hinaus im Gange sind – freiwillige gegenseitige Evaluierung der Durchführung der Resolution, Ausbildungskurse für nationale Kontaktstellen zur Resolution 1540, Unterstützung von Staaten auf deren Ersuchen bei der Ausarbeitung freiwilliger nationaler Aktionspläne (NAP) und Austausch nachahmenswerter Verfahren.

Natürlich handelt es sich bei den NAP um rein freiwillige Maßnahmen, die kaum als adäquater Ersatz für die langfristige laufende Routinearbeit der Staaten bei der Erfüllung der Anforderungen der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen dienen können. Ein NAP ist eine Art Fahrplan zur Erreichung des Endziels und kein Selbstzweck.

Zu den Kursen für die nationalen Kontaktstellen der OSZE-Länder zur Resolution 1540 möchte ich betonen, dass ihr Erfolg nicht nur davon abhängt, wer diese Veranstaltungen organisiert. Wir haben solche Veranstaltungen zweimal in Russland abgehalten – in Kaliningrad (2016) und in Rostow am Don (2018). Wir wären bereit, Vorschläge des KVZ für die Fortsetzung solcher Praktiken konstruktiv zu prüfen, sobald es der Zustand der öffentlichen Gesundheit zulässt. Um aus solchen Veranstaltungen möglichst viel herauszuholen, sollten sie jedoch ein breites Spektrum an Ländern einbeziehen, sowohl solche, die über Erfahrung und Fachwissen verfügen, als auch solche, die daran interessiert sind, von Partnern über nachahmenswerte Verfahren in Bereichen zu lernen, die für die Durchführung der Resolution 1540 relevant sind.

Viele westliche Länder sind aus politischen Gründen nicht nach Russland gekommen. Ich sage Ihnen ganz offen: Wir klammern uns nicht an diese Kurse und sind bereit, die Stafette an jeden anderen Staat weiterzugeben. Wir haben jedoch nicht die Absicht, sinnlose Veranstaltungen abzuhalten oder unsere Bemühungen um die Vermittlung der Erfahrungen aus unserer nationalen Durchführung der Resolution 1540 an interessierte Länder aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu duplizieren. Der Sinn dieser Kurse liegt für uns nicht darin, „Nachhilfekurse“ für Nachzügler anzubieten, sondern eine Meisterklasse für alle zu geben, unabhängig vom Stand der Durchführung der Resolution 1540, um ein kontinuierliches Vorankommen sicherzustellen.

Ich möchte auf einen wichtigen Aspekt der Bemühungen der OSZE um die Erleichterung der Durchführung der Resolution eingehen, nämlich die Entwicklung eines Leitfadens für nachahmenswerte Verfahren. Im Mai 2019 begann der tadschikische FSK-Vorsitz mit der Zusammenstellung der einschlägigen nachahmenswerten Verfahren der OSZE-Länder. Ende März dieses Jahres wurde der Entwurf des Leitfadens an die OSZE-Teilnehmerstaaten verteilt. Obwohl die diesbezügliche Initiative der OSZE grundsätzlich unterstützenswert ist, haben wir noch viele Fragen zu ihrer praktischen Umsetzung. Auf dem informellen Treffen der Gruppe der Freunde der Resolution 1540 zu diesem Thema, bei dem Spanien und Belarus gemeinsam den Vorsitz führten, haben wir unsere Überlegungen dazu kundgetan. Diese betreffen neben anderen Fragen den Anwendungsbereich, die Definitionen, die Beziehung zwischen den Komponenten der Nichtverbreitung und der Terrorismusbekämpfung, die Doppelgleisigkeit in Bezug auf die Berichterstattung sowie den Versuch, vereinbarte nachahmenswerte Verfahren zu entwickeln.

Wir sind der Ansicht, dass der Leitfaden eine Sammlung nationaler Verfahren sein sollte, die für die Durchführung der Resolution relevant sind und nach den Verpflichtungen aus der Resolution geordnet sind. Er muss nicht unbedingt ein Konsensdokument sein, und neue nationale Instrumente sollten Aufnahme finden können. Russland könnte zum Beispiel seine Erfahrungen mit der Identifizierung kontrollierter Produkte, der Ausbildung von Spezialistinnen und Spezialisten für Exportkontrolle und so weiter weitergeben.

Und dann gibt es einen weiteren, nicht weniger wichtigen Aspekt. Die Resolution sollte nicht mit komplexen politischen Fragen überfrachtet werden, zur Behandlung

sachfremder Themen umfunktioniert oder zu einem Instrument zur Durchsetzung der eigenen nationalen Prioritäten umgedeutet werden. Das läuft Gefahr, zu einer Konfrontation zu führen, die den kleinen, aber stetigen Fortschritt der internationalen Gemeinschaft bei der Nichtverbreitung von Atomwaffen auf Dauer gefährden würde. Davon würden nur diejenigen profitieren, die danach streben, sich illegal Zugang zu MVW-Material zu verschaffen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat erst kürzlich das Mandat des 1540-Ausschusses bis zum 28. Februar 2022 verlängert. Für den Überprüfungsprozess bleibt also nicht mehr viel Zeit. Die Frage, ob im Zuge des Prozesses offene Veranstaltungen abgehalten werden können, lässt sich aufgrund der Einschränkungen durch das Coronavirus nicht beantworten. Nichtsdestotrotz ermöglicht das von der OSZE ausgearbeitete Dokument dem 1540-Ausschuss bereits jetzt, die Nutzung der Erfahrungen der OSZE in einem breiteren Kontext in Erwägung zu ziehen, unter anderem durch die Berücksichtigung bestimmter Elemente des Dokuments in den endgültigen Empfehlungen der umfassenden Überprüfung und der künftigen Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Verlängerung des Mandats des Ausschusses.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass wir den Zeitpunkt für richtig und wichtig halten, über den Beitrag der OSZE zur Durchführung der Resolution 1540 zu sprechen. Wir sind offen für eine konstruktive Auseinandersetzung mit allen heute vorgebrachten Vorschlägen und Initiativen. Wir sind zuversichtlich, dass unser Treffen einen Impuls für die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses der künftigen Maßnahmen der OSZE auf der „Schiene“ der Resolution 1540 sowohl für den bevorstehenden Überprüfungsprozess als auch für die Zeit nach der Überprüfung geben wird.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

974. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 980, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER
DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir möchten Ihnen für die Abhaltung der heutigen Plenarsitzung zum Thema der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen danken. Wir danken den ausgezeichneten Rednern – George Kocharian, Abteilungsleiter im Außenministerium Armeniens, Todd Perry, Vertreter des US-Außenministeriums, und Grigory Mashkov, Sonderbotschafter im russischen Außenministerium – für ihre interessanten Vorträge und ihre Arbeit. Wir möchten auch dem stellvertretenden Vorsitzenden des 1540-Ausschusses Edward Rice Howell unsere Unterstützung und Anerkennung aussprechen.

Die Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats ist das wichtigste und im Grunde einzige universell rechtsverbindliche Dokument im Bereich der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW). Es verpflichtet alle Staaten dazu, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass Massenvernichtungswaffen, ihre Trägersysteme und verwandtes Material in die Hände von nichtstaatlichen Akteuren, einschließlich Terroristinnen und Terroristen gelangen. Die vollständige Durchführung der Resolution durch alle Staaten zu erreichen, ist eine dringende und überaus wichtige Aufgabe. Es bleibt noch viel zu tun, um die grundlegende Prämisse – die Durchführung der Resolution 1540 durch alle und in vollem Umfang – zu verwirklichen.

Die Russische Föderation misst der Resolution 1540 weiterhin große Bedeutung bei. Im derzeit schwierigen politischen Umfeld ist die Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen nach wie vor einer der wenigen Bereiche, in denen eine konstruktive Zusammenarbeit stattfindet und aktiv weiterentwickelt wird und in denen die Staaten ihre fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und verwandtem Material fortsetzen. Diesen Geist der Zusammenarbeit gilt es zu bewahren, insbesondere in der OSZE.

Wir erinnern daran, dass die Verantwortung für die Durchführung der Resolution 1540 bei den Staaten liegt. Es ist wichtig, dass internationale und regionale Organisationen diesen helfen und ihnen bei Bedarf spezifische Unterstützung zukommen lassen können, die auf ihren unterschiedlichen Stärken, Ressourcen und Fachkenntnissen beruht.

Die im vergangenen Jahr eingeleitete umfassende Überprüfung des Standes der Durchführung der Resolution 1540 laut Resolution 1977 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen steht vor dem Abschluss. Man sollte nicht vergessen, dass auf uns alle eine wichtige Aufgabe wartet – die Bewahrung des Geistes der Zusammenarbeit, der sich um die Resolution herum entwickelt hat. Das ist angesichts der gegenwärtigen Turbulenzen auf internationaler Ebene besonders wichtig: Die Resolution bleibt eine der wenigen „Oasen“ der Stabilität und eines nicht-konfrontativen Ansatzes in der multilateralen Diplomatie.

Wir stellen mit Genugtuung fest, dass es der OSZE als ganzer gelungen ist, auf der „Schiene“ der Resolution wirklich wichtige Arbeit zu leisten. Die konkreten Bereiche, in denen die Organisation die Durchführung der Resolution erleichtern kann, ohne die Funktionen des 1540-Ausschusses überflüssig zu machen, wurden klar definiert, sind bekannt und nach wie vor aktuell. Die Hauptsache für uns alle ist es, die systematische Arbeit in diesen Bereichen fortzusetzen und auch – im Hinblick auf die Fertigstellung des Entwurfs für ein Dokument über den Beitrag der OSZE zu den weltweiten Bemühungen auf der 1540-„Schiene“ in der Zeit nach der Überprüfung – die Diskussion im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) über eine mögliche Ausweitung eines solchen Beitrags der OSZE fortzusetzen. Die gesammelten Erfahrungen der OSZE und ihre Pläne für die Zukunft sollten während des Überprüfungsprozesses berücksichtigt werden und in die neue Resolution des VN-Sicherheitsrats nach der Überprüfung einfließen, die unter anderem die Zusammenarbeit des 1540-Ausschusses mit internationalen und regionalen Organisationen anleiten wird.

Herr Vorsitzender,

wir glauben, dass die OSZE auch eine wichtige Plattform für den Austausch von Meinungen, vorbildlichen Verfahren und Fachwissen unter uns allen und zwischen den gleichberechtigten Teilnehmern an den weltweiten Bemühungen um die Nichtverbreitung bleiben sollte. Der Durchführungsgrad der Resolution 1540 ist im OSZE-Raum weltweit am höchsten; im Durchschnitt haben unsere Länder ungefähr 85 Prozent der in diesem Dokument festgelegten Anforderungen erfüllt. Wir sollten uns jedoch nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Die Hilfe, die die OSZE auf Ersuchen der Staaten bei der Stärkung ihrer Nichtverbreitungskapazitäten leistet, stellt einen wichtigen Beitrag zur Durchführung der Resolution 1540 dar. Wir plädieren dafür, dass das FSK auch weiterhin als Plattform für den Meinungsaustausch dient und dass die im OSZE-Raum gewonnenen Erfahrungen nicht nur im euroatlantischen Raum, sondern auch in anderen Regionen der Welt, insbesondere in Afrika, Asien und Lateinamerika, genutzt werden können, um die Arbeit an der 1540-„Schiene“ so effektiv wie möglich zu gestalten.

Seit Jahren leistet die OSZE einen Beitrag zur Durchführung regionaler Veranstaltungen zur Resolution, nicht zuletzt auch in Russland. Wir nehmen die Bereitschaft zur Kenntnis, die Möglichkeit zu prüfen, in Russland mit Unterstützung der OSZE und des Büros der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen Kurse für die nationalen Kontaktstellen der OSZE-Länder zur Resolution 1540 abzuhalten, die dem Austausch von Erfahrungen und nachahmenswerten Verfahren bei der Durchführung der Resolution dienen. Wir halten eine aktivere Beteiligung aller OSZE-Teilnehmerstaaten an einer solchen Veranstaltung für unerlässlich.

Wir stellen fest, dass das Potenzial dieses Formats für den Erfahrungsaustausch noch nicht voll ausgeschöpft worden ist. Es wäre lohnenswert zu prüfen, wie der praktische Nutzen dieser Veranstaltungen verstärkt werden können. Dazu gehört es, die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises zu überdenken und sicherzustellen, dass verschiedene Länderkategorien mit unterschiedlichem Entwicklungsstand in Bezug auf nationale Ausfuhrkontrollsysteme und Nichtverbreitungskapazitäten vertreten sind. Grundvoraussetzung für die Effektivität der Ausbildungskurse für die nationalen Kontaktstellen zur Resolution 1540 ist es, die Teilnahme daran nicht von der politischen Lage abhängig zu machen.

Wir möchten vor Versuchen warnen, die Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats in kontroverse Diskussionen hineinzuziehen. Sie basiert auf der Zusammenarbeit aller VN-Mitgliedstaaten und ist nicht gegen einzelne Länder gerichtet. Wir sind der Auffassung, dass diejenigen, die andere einer „Verletzung“ der Resolution zeihen, nicht nur die eigenen politischen Prioritäten über die Interessen der Nichtverbreitung stellen, sondern auch deren Inhalt und Ziele verzerren. Für die Erörterung des breiten Spektrums an Fragen der Ausfuhrkontrolle hingegen gibt es geeignete multilaterale Mechanismen, die für diesen Zweck eingerichtet wurden.

Herr Vorsitzender,

weltweit verursachen terroristische Anschläge immense Zerstörung und enormes Leid. Vor diesem Hintergrund ist das Risiko, dass Terroristinnen und Terroristen Zugang zu Atomwaffen oder gefährlichen chemischen und biologischen Stoffen erlangen, noch erschreckender. Die Gefahr, dass atomare, chemische und biologische Waffen auf den Schwarzmarkt gelangen, ist nach wie vor hoch. Wir sollten die Risiken nicht unterschätzen, wenn man bedenkt, dass terroristische Gruppen in einigen Fällen über erhebliche militärische und finanzielle Ressourcen verfügen oder ausgedehnte Gebiete kontrollieren.

Unter solchen Umständen bleibt die Resolution 1540 ein wirksames Instrument zur Lösung dieser Probleme. Es ist wichtig, dass alle Teilnehmerstaaten alle bestehenden MVW-Systeme einer strengen Kontrolle unterwerfen und wirksame Gesetze verabschieden, die es jedem nichtstaatlichen Akteur verbieten, nukleare, chemische oder biologische Waffen herzustellen, zu erwerben, zu transportieren oder einzusetzen sowie sie zu besitzen.

Wir treten für einen fundierten Meinungsaustausch über konkrete Aspekte ein, bei denen die OSZE einen Beitrag zur Durchführung der Resolution durch die Teilnehmerstaaten leisten kann sowie für die Sicherstellung einer wirksamen umfassenden Überprüfung ihrer Durchführung unter der Schirmherrschaft des 1540-Ausschusses des VN-Sicherheitsrats. Wir halten es für wichtig, sich auf diese Ziele zu konzentrieren und nicht auf den andauernden Austausch von konfliktträchtigen Äußerungen.

Herr Vorsitzender,

insgesamt zeigt die heutige Diskussion, dass wir alle daran interessiert sind, die Aktivitäten des Forums, aufbauend auf den verbindenden Prinzipien der Resolution 1540, effektiver zu gestalten in der heutigen Welt kommt der wirksamen Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen insbesondere im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der weltweiten und regionalen Stabilität und der zuverlässigen Gewährleistung der Sicherheit ausnahmslos aller Staaten besondere Bedeutung zu. Diesbezüglich hoffen wir auf

eine konstruktive und professionelle Zusammenarbeit mit allen unseren Partnern auf Basis der Grundsätze der Gleichberechtigung und Konsensbildung durch einen Ausgleich der Interessen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

974. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 980, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

unsere grundsätzliche Einschätzung der Ursachen und Folgen des innerukrainischen Konflikts sowie unser grundlegender Ansatz zu seiner Beilegung sind unseren Partnern im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) hinlänglich bekannt und haben sich nicht geändert. Für weitere Einzelheiten verweisen wir unsere Kolleginnen und Kollegen auf unsere früheren Erklärungen, die den FSK-Journalen beigefügt sind.

Wir erinnern daran, dass die Parteien des innerukrainischen Konflikts im Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015, das durch die Resolution 2202 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gebilligt wurde, eindeutig benannt sind. Es sind dies die ukrainische Regierung und die ukrainischen Streitkräfte auf der einen und Vertreterinnen und Vertreter bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk und deren bewaffnete Formationen auf der anderen Seite. Wir verurteilen aufs Schärfste die Versuche der ukrainischen Regierung, die Minsker Vereinbarungen in Frage zu stellen, und ihre Fortsetzung der blutigen Strafaktion gegen die Bevölkerung des Donbass.

Wir sind ernsthaft besorgt über das Ausmaß der militärischen Unterstützung, die westliche Länder der Ukraine gewähren, was sie zu Mittätern der Verbrechen macht, die das ukrainische Militär und bewaffnete Formationen ukrainischer Nationalistinnen und Nationalisten in der Region begehen. Statt die Ukraine mit militärischem Gerät vollzupumpen, ist eine enge und systematische Zusammenarbeit mit der ukrainischen Führung erforderlich, um die bewaffnete Konfrontation im Donbass so bald wie möglich zu beenden.

Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen mit Nachdruck auf, ihre vergeblichen Bemühungen aufzugeben, die im April auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation abgehaltenen Militärübungen politisch auszuschlachten. Die Aufgaben der Übungen in den Militärbezirken Süd und West sind gelöst. Die Übungen sind mittlerweile beendet. Wir gehen davon aus, dass unser Standpunkt von unseren Verhandlungspartnern gehört wurde und dass die Diskussion zu diesem Thema ein für alle Mal beendet ist.

Wir beobachten die Verlegung von Truppen der Nordatlantischen Allianz in das Gebiet der bevorstehenden Übung „Defender Europe 2021“. Wir sehen, dass eine der wichtigsten Gruppierungen der Koalition in die Schwarzmeerregion verlegt wird. Wir registrieren eine Zunahme der militärischen Aktivitäten in der Nähe der russischen Grenzen im Süden. Gleichzeitig führt die ukrainische Regierung regelmäßig Übungen mit aggressiven Szenarien und der Beteiligung von Streitkräften aus NATO-Staaten durch und betreibt aktiv die Modernisierung ihrer militärischen Infrastruktur und die Entwicklung und den Einsatz offensiver Waffensysteme. Dies schafft ein unberechenbares Umfeld, das nicht nur für die ukrainische Bevölkerung, sondern auch für Nachbarstaaten eine Bedrohung darstellt. Vor dem Hintergrund solcher unverhüllter militärischer Aktivitäten von NATO-Ländern in der Nähe der Grenzen Russlands und unter Beteiligung der Ukraine halten wir die heute abgegebenen polemischen Äußerungen über angebliche „Schritte Russlands zur Eskalation der Spannungen“ im Schwarzen Meer für unangebracht.

Was die heute erneut angesprochene Entscheidung der Einwohnerinnen und Einwohner der Krim und Sewastopols zur Wiedervereinigung mit Russland betrifft, so ist diese absolut rechtens und zu respektieren.

Der Weg zur Stabilisierung der Lage in der Ukraine führt über eine umfassende politische Beilegung des innerukrainischen Konflikts. Wir betonen, dass eine vollständige Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets durch den direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Lugansk erforderlich ist. Die Russische Föderation ist in ihrer Eigenschaft als Vermittler neben der OSZE, Deutschland und Frankreich bereit, dies auf jede erdenkliche Art und Weise zu erleichtern.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

974. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 980, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN/DES VERTRETERS DES
KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUMS**

Herr Vorsitzender,

ich möchte Ihnen mitteilen, dass der Ausbildungskurs „Konfliktverhütung und -lösung durch Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung im OSZE-Raum“ für Nachwuchskräfte, insbesondere Frauen, am 24. Mai 2021 beginnen wird. Wir beabsichtigen, nach Maßgabe der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Restriktionen, in der zweiten Jahreshälfte 2021 einen einwöchigen Präsenzkurs abzuhalten. Das Programm wird aus dem OSZE-UNODA-Stipendium für Frieden und Sicherheit unterstützt.

In diesem Jahr sind an die tausend Bewerbungen eingegangen. Für den achtwöchigen Online-Kurs wurden nach einem eingehenden Auswahlverfahren 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (86 Prozent Frauen und 14 Prozent Männer) aus 52 Teilnehmerstaaten und neun OSZE-Kooperationspartnern ausgewählt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen aus verschiedenen Fachbereichen (wie Recht, Sicherheit, Geisteswissenschaften, Sozialarbeit, Wirtschaft) und unterschiedlichen Sparten (wie staatlicher und nichtstaatlicher Sektor).

Die interaktive Online-Ausbildung vermittelt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Kenntnisse in politisch-militärische Fragen, Konfliktverhütung, Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM). Darüber hinaus wird sie ihr Bewusstsein und ihr Verständnis für Fragen der Abrüstung und Nichtverbreitung im OSZE-Raum schärfen. Während des gesamten Programms werden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Rollen verschiedener maßgeblicher Organisationen und VSBM-Regime befassen. Sie werden die Zusammenhänge zwischen Abrüstung, Nichtverbreitung, Entwicklung und Gender erforschen. In jenem Abschnitt des Programms, der sich mit der Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen auf (SALW), Munition und Minen befasst, werden sie die Verpflichtungen nach den internationalen und regionalen Rahmen kennenlernen. Sie werden auch mit den Bemühungen der Vereinten Nationen und der OSZE zur Verhütung des illegalen Handels mit SALW vertraut gemacht werden.

Das Ausbildungsprogramm wird auch im vierten Jahr dazu beitragen, den Anteil von Frauen und Jugendlichen im Sicherheitssektor zu erhöhen. Das Projekt wird weiterhin einen Beitrag dazu leisten, Frauen den Weg zu einer gleichberechtigten und vollständigen

Teilnahme an politischen, Planungs- und Umsetzungsprozessen in den Bereichen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung zu ebnet. Darüber hinaus wird das Ausbildungsprogramm Nachwuchskräften auch eine gute Möglichkeit zum Netzwerken und zur Ausweitung ihrer Möglichkeiten für eine berufliche Laufbahn bieten.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch den Regierungen von Andorra, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Spanien und der Schweiz für ihre Unterstützung für das diesjährige Ausbildungsprogramm danken.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.